

Einkommensverteilung

Bei der Antwort auf die Frage, ob eine Wirtschaftsordnung gerecht ist, orientieren sich Menschen zumeist an der persönlichen Einkommensverteilung. Je mehr die Einkommen von „Reichen“ und „Armen“ auseinanderdriften, desto stärker ist der Druck auf die Politik, von „oben“ nach „unten“ umzuverteilen. Obwohl in Deutschland der Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt 2010 mit rd. 761 Mrd. € knapp 31 % betrug, werden Rufe nach Ausweitung des Sozialstaats lauter. Negative Wirkungen einer noch größeren Umverteilung auf die Leistungsbereitschaft des Einzelnen werden dabei häufig übersehen.

Deutschland bei Umverteilung international in der Spitzengruppe

Die Ungleichheit der Einkommen war in Deutschland 2009 geringer als im Durchschnitt der EU und des Euroraums. Laut OECD wird in Deutschland die Einkommensungleichheit weltweit mit am stärksten durch Steuern und Sozialtransfers reduziert. So sinkt die Armutsrisikoquote, der Anteil der Personen mit weniger als 60 % des mittleren Einkommens, durch das Steuer- und Transfersystem rapide. Das Risiko, in Deutschland einkommensarm zu sein, lag laut Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2005 vor Sozialtransfers bei 26 %. Nach Sozialtransfers betrug es nur noch 13 % und war damit im EU-Vergleich deutlich unterdurchschnittlich (EU: 16 %).

Arbeit: bester Weg zu höherem Einkommen

Arbeitslose können ihre Einkommenssituation am besten durch Aufnahme einer Arbeit verbessern. Aber nur 28 % derjenigen, die im Jahr 2003 arbeitslos waren, gelang es bis zum Jahr 2007 ihr Einkommen zu steigern. Von den Beziehern geringer Einkommen gelang dies 33 % und von den Vollzeitbeschäftigten sogar 35 %. Unter Berücksichtigung aller Einflüsse sind die Aufstiegschancen für Arbeitslose nur halb so groß wie für Vollzeitbeschäftigte. Umgekehrt ist der soziale Abstieg für Arbeitslose gut 2,5-mal wahrscheinlicher. Erfreulich ist, dass sich nahezu die Hälfte derer, die im Jahr 2003 arbeitslos waren, aber bis 2007 einen Job fanden, um eine oder mehrere Einkommensschichten verbesserten. Am meisten profitieren Personen aus der untersten Einkommensschicht: Gelingt einem Arbeitslosen der Einstieg in Arbeit, erhöht sich seine Aufstiegschance um rund das 3,5-fache im Vergleich zu jemandem, der arbeitslos bleibt. Qualifikation durch Bildung und Weiterbildung erleichtert den Einstieg in Arbeit, fördert die Einkommensmobilität und ist ein wichtiger Baustein zur Erzielung höherer Einkommen.

Staatliche Umverteilung funktioniert

Der Sozialstaat verteilt grundsätzlich nach dem Prinzip „Wer mehr verdient, zahlt auch mehr.“ von oben nach unten um. Die angesichts der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung und des technischen Fortschritts tendenziell wachsende Lücke zwischen Markteinkommen und Nettoeinkommen wird durch die staatliche Umverteilung weitgehend kompensiert. So zahlten 2003 die 10 % der Haushalte mit dem höchsten Markteinkommen die höchsten Abgaben und erhielten die niedrigsten Transfers. Bildet man den Saldo aus Abgaben und Transfers, erhalten die 40 % der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen einen Überschuss. Insgesamt beziehen die Haushalte in den unteren vier Zehnteln mehr als 72 % aller Transfers, zahlen aber nur gut 12 % der Abgaben. Umgekehrt kommen die Nettozahler für 88 % der Zwangsabgaben auf, bekommen selbst aber nur 28 % aller staatlichen Transfers.

Schrumpfende Mittelschicht zahlt dafür

Bei den Untersuchungen zur Einkommensverteilung stehen regelmäßig oberes und unteres Ende der Einkommensskala im Blickpunkt; die Bezieher mittlerer Einkommen werden oft vernachlässigt. Nach OECD-Angaben belasten Steuern und Sozialabgaben in Deutschland aber gerade die zur Mittelschicht zählenden Arbeitnehmer, insbesondere Doppelverdiener mit Kindern. Arbeiten beide Elternteile, erreicht die Abgabenlast einen Spitzenwert unter den 30 OECD-Ländern. Nach

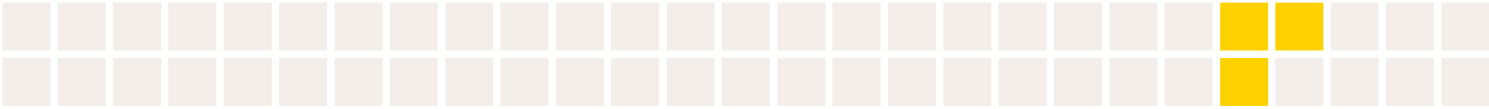
Bildung erhöht Aufstiegschancen

Die Chance von Einkommensbeziehern, von einer niedrigeren in eine höhere Einkommensgruppe aufzusteigen, verbessert sich mit ihrem Bildungsstand. Personen mit Berufsausbildung haben eine bessere Aufstiegsmobilität als Personen ohne Berufsausbildung. Letztere rutschen deutlich häufiger in eine niedrigere Einkommensgruppe ab. Universitätsabsolventen steigen wesentlich häufiger auf und auch erheblich seltener ab.

Auf- und Abstiegschance von Personen im Alter von 25 bis 65 Jahren im Jahr 2003 (in %):

	Allgemeine Aufstiegschance	Allgemeine Abstiegschance	Aufstiegschance aus niedrigster Einkommensgruppe
Keine Berufsausbildung	30	37	32
Mit Berufsausbildung	32	23	39
Universitätsabschluss	45	18	56

Quelle: „Einkommensmobilität in Deutschland“, in: IW Trends Nr. 2/09, IW Köln, 2009



Berechnungen des DIW ist die Mittelschicht von 2000 bis 2006 um rund 5 Mio. Personen geschrumpft. Die Belastungsgrenze der Mittelschicht ist längst überschritten. Um ihre Leistungsbereitschaft zu sichern, muss ihre Abgabenbelastung sinken.

Lohnpolitik setzt auf Arbeitsplätze

Geringes Einkommen beruht meist auf Arbeitslosigkeit. Sie einzudämmen gelang in Deutschland durch Reformen auf dem Arbeitsmarkt und durch moderate Lohnpolitik. Die Tarifpartner haben durch beschäftigungsfördernde Tarifabschlüsse mit dazu beigetragen, dass zwischen 2005 und 2011 rd. 2,2 Mio. zusätzliche sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen wurden.

Geringere Sozialbeiträge: Ungleichheit sinkt

Geringere Sozialversicherungsbeiträge sind ein besonders wirksames Mittel, um Einkommensungleichheit zu begrenzen: Sie sorgen für höhere Nettoeinkommen, wovon in erster Linie Arbeitnehmer mit Einkommen am unteren Ende der Einkommensskala profitieren. Bei ihnen machen die Sozialbeiträge den größten Teil ihrer Abgabenlast aus. Dies gilt besonders für Geringverdiener und Familien mit vergleichsweise geringer Lohnsteuerbelastung. Hohe Einkommen haben von geringeren Sozialbeiträgen dagegen einen geringeren Vorteil, weil sie aufgrund der Beitragsbemessungsgrenzen nur teilweise mit Sozialbeiträgen belastet werden. Zudem ergeben sich durch niedrigere Sozialbeiträge positive Beschäftigungseffekte, von denen ebenfalls besonders Geringqualifizierte und Arbeitslose profitieren.

Lohnquote als Maßstab für Einkommensverteilung ungeeignet

Forderungen nach kräftigeren Lohnsteigerungen werden häufig mit einer gesunkenen Lohnquote begründet. Dabei ist diese Kennziffer, die den Anteil der von den Arbeitnehmern erzielten Arbeitsentgelten an allen Erwerbs- und Vermögenseinkommen abbildet, als Maßstab für die Einkommensverteilung ungeeignet. Arbeitnehmerhaushalte beziehen neben Löhnen und Gehältern zunehmend Einkommen aus Kapitalanlagen wie Zinsen, Dividenden, Mieten und Pachten. Im Jahr 2005 waren dies im Schnitt 4.900 €. Außerdem erfolgt ein Teil des sozialen Ausgleichs durch schwer erfassbare private Ausgleichs- und Unterhaltszahlungen. Zusehends verwischen diese Transfers die Grenze zwischen Arbeitnehmereinkommen und Kapitaleinkommen. Hinzu kommt, dass die Lohnquote im Konjunkturverlauf schwankt. Löhne, Gehälter, Gewinne und Beschäftigung folgen dem Konjunkturzyklus zeitlich verzögert in unterschiedlicher Intensität. Folge: Im Abschwung steigt die Lohnquote, im Aufschwung sinkt sie. So erreichte die Lohnquote auf dem Höhepunkt des letzten Aufschwunges im Jahr 2006 bei einem BIP-Wachstum von 3,7 %, einem Plus bei der Erwerbstätigkeit von 283.000 und einem Minus bei der Arbeitslosigkeit von 374.000 mit 63,9 % den viertniedrigsten Wert seit den 1970er Jahren. Im Krisenjahr 2009 stieg sie dagegen wieder deutlich auf 68,2 %. 2011 betrug sie 67,2 %.

Publikationen

Stellungnahme zum Entwurf des 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung
Juni 2008

kompakt:

- Arbeitskosten
- Kombi-Einkommen
- Mindestlohn

argumente:

- Arbeit statt Armut
- Arbeitsplätze statt Mindestlohn
- Mindesteinkommen statt Mindestlohn
- Mindestlohn – vom Ausland lernen

Ansprechpartner

BDA | DIE ARBEITGEBER
Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Volkswirtschaft | Finanzen | Steuern
T +49 30 2033-1950
volkswirtschaft@arbeitgeber.de

Die jeweils neueste Ausgabe und weitere Hinweise zu diesem Thema finden Sie unter www.arbeitgeber.de